

Stellungnahme von ARD-aktuell zu der E-Mail von Herrn Bernhard Moser vom 11.04.2019 zur Berichterstattung über die Lage in Venezuela auf tagesschau.de

Herr Moser kritisiert in seiner Programmbeschwerde vom 11.04.2019 die Berichterstattung auf tagesschau.de. Konkret wirft Herr Moser der Redaktion vor, in dem Artikel „Krise in Venezuela - Maduro lässt internationale Hilfen zu“ vom 10.04.2019 die Unwahrheit verbreitet zu haben.

Die Redaktion nimmt dazu wie folgt Stellung:



Konkret kritisiert Herr Moser den Einleitungstext des Beitrages, in dem es heißt: „Fast ein Viertel der Venezolaner braucht laut UN dringend Hilfe. Präsident Maduro hatte sich aber lange geweigert, Hilfslieferungen ins Land zu lassen. Nun hat er sich bereit erklärt, mit dem Roten Kreuz zu kooperieren.“

Zum einen möchten wir in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass der sogenannte „Teaser“-Text einen kurzen Überblick über die Informationen geben soll, die in dem folgenden Bericht ausführlich dargestellt werden. Dieser Antext ist deshalb eine verkürzte und zugespitzte Darstellung. Dennoch können wir darin keine Unwahrheit erkennen. Venezuelas Präsident Maduro hat lange abgestritten, dass es in Venezuela eine Versorgungskrise der Bevölkerung gibt; so zum Beispiel in einem Interview mit dem spanischen Fernsehsender „La Sexta“ am 04.02.2019. Dass es bereits Hilfslieferungen zum Beispiel aus Russland gab, darüber hat ARD-aktuell ebenfalls berichtet. Zum Beispiel hier:

<https://www.tagesschau.de/ausland/venezuela-791.html> (03.02.2019)

Weiter kritisiert Herr Moser die Textpassage: „Die Bevölkerung des ölreichen Landes leidet seit Jahren unter den Folgen der Misswirtschaft.“ Herr Moser führt aus, dass dies nur die halbe Wahrheit sei. Die wesentliche Ursache für die humanitäre Krise in Venezuela liege in den Sanktionen der USA und anderer Staaten gegen das Land. ARD-aktuell hat die Ursachen für die Wirtschaftskrise in Venezuela in mehreren Artikeln beleuchtet. Darunter hier:

<https://www.tagesschau.de/ausland/hintergrund-wirtschaftskrise-venezuela-101.html> (11.03.2019)

Hauptgründe für die Wirtschaftskrise sind demnach der Verfall des Ölpreises sowie der Rückgang der Ölproduktion spätestens seit 2017 mit dem Einsetzen von Militärvertretern in die Führung der staatlichen Ölfördergesellschaft. Insgesamt liegt die Ölförderung bei einem Drittel der Menge, wie vor 20 Jahren. Zum Niedergang der Ölindustrie in Venezuela sei auch dieser Artikel auf tagesschau.de empfohlen, in dem auch das US-Öl-Embargo thematisiert wird:

<https://www.tagesschau.de/ausland/maracaibo-venezuela-erdoel-101.html> (05.04.2019)

Auch die Bundeszentrale für politische Bildung schreibt von einer „Wirtschafts- und Versorgungskrise“ ausgelöst durch „Missmanagement der Regierung, gekoppelt mit niedrigeren Ölpreisen bei starker Rohstoffabhängigkeit“.

Herr Moser bezweifelt zudem, dass die Lage in Venezuela als „humanitäre Krise“ bezeichnet werden kann und bezieht sich dabei auf einen Bericht des ehemaligen UN-Gesandten de Zayas, der auf Grundlage eines Besuchs im November/Dezember 2017 entstanden ist. Andere Organisationen bewerten die Lage im Land drastischer. Die Bundeszentrale für politische Bildung bezeichnet die Situation als humanitäre Krise, da 60 Prozent der Bevölkerung in Armut leben und mehr als die Hälfte der Bevölkerung wegen Unterernährung im Jahr 2017 stark an Gewicht verloren haben (Stand Februar 2018). UN-Nothilfekordinator Lowcock sagte vor einigen Tagen, dass etwa sieben Millionen Menschen in Venezuela humanitäre Hilfe benötigten, Tendenz steigend. Das Gesundheitssystem sei zusammengebrochen, die Krise im Land erfülle alle Bedingungen für einen humanitären Notfall (<https://news.un.org/en/audio/2019/04/1036461>). Nach Informationen der Vereinten Nationen haben zudem in den vergangenen Jahren etwa drei Millionen Menschen das Land verlassen, auf der Suche nach Lebensmitteln, Gesundheitsversorgung, Arbeit und Schutz vor Verfolgung. <https://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=24374&LangID=E>



Den von Herrn Moser bemängelten Beitrag bewerten wir daher als journalistisch einwandfrei. Er verstößt aus unserer Sicht nicht gegen Programmgrundsätze.

Hamburg, 17.04.2019



Marcus Bornheim
Zweiter Chefredakteur ARD-aktuell